



Interviews

Datum: 19.03.2024

Barbara Schmidt-Mattern im Gespräch mit Dennis Radtke, CDU, MdEP und stellv. Bundesvorsitzender CDA

Barbara Schmidt-Mattern: Am Telefon ist jetzt Dennis Radtke, Christdemokrat, Mitglied im Europaparlament und in Deutschland stellvertretender Bundesvorsitzender der CDA, des Arbeitnehmerflügels in der CDU. Schönen guten Morgen, Herr Radtke.

Dennis Radtke: Schönen guten Morgen! – Glückauf aus Brüssel.

Schmidt-Mattern: Glückauf! – Sie nennen sich selbst ein Kind des Ruhrgebiets. Ihr Wahlkreis ist die Metropolregion Ruhr mit einer Arbeitslosenquote von aktuell fast zehn Prozent. Damit liegt Ihr Wahlkreis deutlich über dem Landes- und Bundesdurchschnitt. Lohnt sich Arbeit im Ruhrgebiet nicht mehr?

Radtke: Doch, grundsätzlich schon! Aber Arbeitslosigkeit lässt sich ja nicht auf die Frage reduzieren oder auf das Phänomen reduzieren, dass man den Eindruck gewinnen kann, dass sich an der einen oder anderen Stelle Arbeit nicht mehr lohnt. Das fände ich eine Art unterkomplexe Betrachtung.

Schmidt-Mattern: Es war eine Zuspitzung, zugegebenermaßen, aber worauf ich hinaus möchte ist, dass Sie so viel Arbeitslosigkeit vor der eigenen Haustür in Ihrem Wahlkreis haben. Ist das Bürgergeld da nicht gerade besonders sinnvoll?

Radtke: Nein, das Bürgergeld in seiner jetzigen Form ist nicht sinnvoll. Wir brauchen auch nicht über die Sinnhaftigkeit der Unterstützung von Arbeitslosen zu sprechen. Um aber in dem Zusammenhang noch mal klarzumachen – und das ist ja auch gestern geschehen -, dass am Ende diese unterstützenden Leistungen jenseits der beitragsfinanzierten Arbeitslosenversicherung in erster Linie für Menschen gedacht sind, die wollen, aber nicht können, und nicht für die, die können, aber nicht wollen.

Wenn Sie über Bekämpfung von Arbeitslosigkeit reden, dann müssten wir eigentlich auch mal darüber reden, auch mit Blick auf das Ruhrgebiet, dass die Bundesregierung für dieses Jahr noch mal 400 Millionen Euro bei Eingliederungshilfen für Langzeitarbeitslose einsparen will.

Der Weg, den die Bundesregierung beschreitet, der hilft auf jeden Fall nicht bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, weder im Ruhrgebiet noch an anderen Stellen.

Schmidt-Mattern: Dann schildern Sie uns vielleicht noch einmal, um ein wenig mehr ins Detail Ihres Konzeptes in Ihrer Partei zu gehen, warum Sie das Bürgergeld, das Sie übrigens als CDU selber vor zwei Jahren mit beschlossen haben, jetzt wieder abschaffen möchten.

Radtko: Na ja, erst mal zu der Frage, warum hat die CDU das eigentlich mitbeschlossen. Wenn Sie in Berlin nicht regieren und keine Verantwortung tragen, dann haben Sie am Ende über den Vermittlungsausschuss die Möglichkeit, auf Gesetzgebung noch Einfluss zu nehmen, und dann müssen Sie auch irgendwann mal abwägen, wenn Sie selber nicht im Fahrersitz sitzen, was machen wir jetzt, lassen wir jetzt ein Gesetz passieren, was wir für völlig katastrophal halten, oder versuchen wir, ein katastrophales Gesetz noch ein kleines Stückchen besser zu machen. Von daher finde ich das, was im Vermittlungsausschuss passiert, zwar sehr pragmatisch und das sollte man jetzt auch nicht zu einer Grundsatzfrage hochjazzen.

Die Veränderungsnotwendigkeit deutlichzumachen, das ist, glaube ich, gestern gelungen. Ich finde, in dem Papier hätte ich mir auch noch den einen oder anderen Aspekt zusätzlich gewünscht.

Schmidt-Mattern: Welchen?

Radtko: Zum Beispiel der Aspekt, dass wir bei den Bürgergeldempfängern 20 Prozent haben. 20 Prozent der Bürgergeldempfänger sind berufstätig. Das heißt, sie bekommen aufstockende Leistungen, weil sie von ihrem Lohn nicht leben können. Da finde ich: Gerade diejenigen, die sich mühen und wo der Lohn nicht zum Leben reicht, da ist meine Erwartungshaltung, an meine Partei, dass wir auch ein Stück weit der Anwalt dieser Menschen sind und dass wir auch deutlichmachen, wir wollen eine Perspektive, dass diese Menschen am Ende auch von ihrer Händearbeit voll umfänglich leben können. Das ist ein Aspekt, den hätte ich in diesem Papier gewürdigt.

Zu der Kritik an der Bundesregierung: 400 Millionen Euro bei Langzeitarbeitslosen einsparen, das könnte man in dem Zusammenhang auch noch mal ein bisschen deutlicher fassen, finde ich.

Schmidt-Mattern: Wie erklären Sie sich das, dass Ihre Parteispitze just auf die Gruppe der Aufstocker, die zu wenig zum Leben verdienen, aber wiederum zu viel, um Bürgergeld zu beantragen, dass Ihre Parteispitze, die CDU auf diese Gruppe so wenig achtet?

Radtke: Das kann ich nicht erklären. Die Frage müssen Sie anderen stellen.

Schmidt-Mattern: Nee, die stelle ich jetzt Ihnen.

Radtke: Ja, aber ich kann Ihnen diese Frage nicht beantworten. Ich sehe meine Rolle auch darin, auf bestimmte Dinge immer hinzuweisen und auch manche Dinge vielleicht manchmal anzumahnen, und dieses Problem ist ja nicht neu und hat mit der jetzigen Parteispitze nichts zu tun, sondern wir sehen ja, dass wir in den letzten Jahren gewisse Leerstellen bei unserem sozialen Profil haben, dass wir mitunter Empathie auch in der Kommunikation ein bisschen vermissen lassen. Es kommt ja nicht nur darauf an, was man sagt, sondern auch, wie man es sagt. Das ist auch das Ärgernis im Grunde an der Debatte über das Papier gestern. Es stehen viele gute Dinge drin, wie wir die Qualität von Arbeitsvermittlung verbessern. Das muss doch eigentlich auch im Zentrum der Debatte stehen. Aber im Zentrum der Debatte steht nun die Diskussion über Totalverweigerer. Natürlich, ich finde es richtig zu sagen, wer nicht mitmacht, der kann auch nicht auf die Solidarität der öffentlichen Hand zählen. Aber wir reden hier über eine Personengruppe, die relativ klein ist, die man noch nicht einmal genau quantifizieren kann, und die ganze Debatte dreht sich jetzt im Grunde genommen nur um diese Personengruppe. Ich würde die Debatte lieber über Qualitätsaspekte führen.

Schmidt-Mattern: Darauf kommen wir auch gleich noch mal, auch auf die sogenannten Totalverweigerer. Sie haben mich aber jetzt doch neugierig gemacht mit Ihrer Aussage, dass Sie Leerstellen im sozialen Profil der CDU sehen. Um Sie da noch einmal zu zitieren: Sie Sagen auch, es kommt nicht immer darauf an, was man sagt, sondern wie man es sagt. Meinen Sie damit Ihren Parteichef Friedrich Merz?

Radtke: Nein. Ich habe bei meinem Statement auch ziemlich deutlich gesagt, dass das kein Problem der aktuellen Parteiführung ist, sondern das ist ein Problem der Entwicklung in den letzten 20 Jahren. Darüber könnte ich jetzt stundenlang vortragen, mit was das zusammenhängt. Dieses Thema ist sehr komplex. Aber ich möchte daran erinnern, dass ich schon nach der letzten Bundestagswahl darauf hingewiesen habe, dass es mehr gab als den Streit zwischen Laschet und Söder und dass es mehr gab als das Lachen von Armin Laschet, was am Ende zu diesem Ergebnis geführt hat, sondern wir hatten auch ganz zentrale Herausforderungen, Stichwort zwölf Euro Mindestlohn, Stichwort 400.000 neue Wohnungen, sozialer Wohnungsbau. Da haben wir am Ende für diesen letzten Bundestagswahlkampf keine konkreten Antworten gehabt und auch das hat am Ende dazu beigetragen, dass wir diese Wahl verloren haben. Das hat nichts mit Merz und mit Linnemann zu tun. Da muss man schon viel tiefer graben und viel weiter zurückgehen.

Das ist meine Erwartungshaltung oder meine dringende Empfehlung. Wir wollen ja Wahlen gewinnen und erfolgreich sein. Daran müssen wir arbeiten.

Schmidt-Mattern: Das heißt, wenn ich Sie anders herum verstehe, dann sind Sie jetzt mit dem sozialen Profil, wie Carsten Linnemann und Friedrich Merz es der CDU geben, total einverstanden?

Radtke: Ich glaube, dass wir noch Luft nach oben haben. Auch dieses Papier ist ja am Ende - Ich meine, wir reden ja hier nicht über einen voll umfänglichen Gesetzentwurf, sondern es ist auch in dem Vorbericht darauf hingewiesen worden, dass am Ende Fragen nicht berührt werden oder nicht konkretisiert werden. Ich finde, das muss zum jetzigen Zeitpunkt auch nicht geschehen, weil noch mal: Es ist am Ende ein Positionspapier, wo wir deutlichmachen, in welche Richtung wollen wir, dass sich das Bürgergeld entwickelt, inklusive eines neuen Namens, und es ist noch kein Gesetzentwurf. Wir müssen uns erst mal selber in die Position wieder bringen, dass wir in Berlin Gesetzentwürfe einbringen können.

Schmidt-Mattern: Sie müssen die nächsten Wahlen wieder gewinnen, wollen Sie damit sagen. Dann kommen wir noch mal auf dieses Stichwort Totalverweigerer, das in Ihrem Papier drinsteht. Karl-Josef Laumann, Ihr Parteifreund hat selber gesagt, das sei nur eine sehr kleine Gruppe, diese Totalverweigerer. Welche empirischen Zahlen liegen Ihnen denn eigentlich vor?

Radtker: Ich habe ja gesagt, das kann im Grunde genommen gar nicht quantifiziert werden. Es gibt ja gar keine Datenlage dazu. Fakt ist, es gibt diese Totalverweigerer, und natürlich untergraben die Totalverweigerer und die Geschichten über Totalverweigerer die Akzeptanz dieses Systems, und das wirkt auch demotivierend. Aber ich habe ja vorhin auch gesagt: Für mich ist es ein Stück weit ein Ärgernis, dass sich die ganze Debatte jetzt nur um diese Totalverweigerer dreht. Ich finde die Sanktionen gegen Totalverweigerer richtig. Ich finde es aber falsch, dass die ganze Debatte nur an einer Personengruppe aufgehängt wird, die wir überhaupt nicht quantifizieren können.

Schmidt-Mattern: Liegt das vielleicht an dem Wording, das Sie mit dem Begriff Totalverweigerer verwendet haben, das sehr polarisierend ist?

Radtker: Ja, sicher ist das polarisierend, und ich habe ja deswegen auch gesagt, nicht nur mit Blick darauf, sondern generell, es kommt nicht nur immer darauf an, was man sagt, sondern auch, wie man es sagt.

Auch das ist ein Punkt, weil wir über Punkte gesprochen haben, wo könnten Sie sich etwas anderes vorstellen, auch einfach mal grundsätzlich anzuerkennen, dass Arbeitslosigkeit auch etwas mit Menschen macht. Wenn wir immer wieder betonen, dass Arbeit auch sinnstiftend ist, ist auch logisch, dass im Umkehrschluss Arbeitslosigkeit etwas mit Menschen macht. Es gibt AOK-Studien, die davon ausgehen, dass 20 Prozent der Langzeitarbeitslosen unter psychischen Erkrankungen leiden. Das ist ja nicht nur ein Vermittlungshemmnis im technischen Sinne, sondern das ist auch erst mal ein Drama für diese Menschen. Natürlich brauchen die auch Unterstützung weit über die Frage Qualifikation und Vermittlung hinaus und das könnte man vielleicht auch gelegentlich noch mal stärker betonen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.